

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.01.2005

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Marktplatz 1, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19.25 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Regelarien zur Umsetzung des Halle-Passes ab 2005
Vorlage: III/2004/04204
5. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage IV/2004/04603, Berichterstatteerin Frau Bürgermeisterin Szabados
1. Lesung
6. Aktueller Sachstand und weitere Vorgehensweise zur Umsetzung des SGB II
7. Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbenennung der Stelle der Ausländerbeauftragten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2004/04622
8. Anfragen von Stadträten und Sachkundigen Einwohnern
9. Mitteilungen
- Information zur Finanzierung der Beratungsstellen von Behindertenverbänden

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die Ausschussvorsitzende Frau Haupt begrüßt alle Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses herzlich und wünscht allen Anwesenden persönliches Wohlergehen für das neue Jahr. Für die Zusammenarbeit im Ausschuss wünscht Frau Haupt die Fortsetzung der konstruktiven Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Halle.

Die Einladungen wurden termingerecht zugestellt. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Auf Antrag wird die Tagesordnung wie folgt umgestellt:

Tagesordnungspunkt 4. Vorlage Halle Pass,
Tagesordnungspunkt 5. Ersten Lesung der Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005,
Tagesordnungspunkt 6. Aktueller Sachstand und weitere Vorgehensweise zur Umsetzung des SGB II

Abstimmungsergebnis:

Die Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner stimmen mehrheitlich zu, die Stadträte und Stadträtinnen stimmen einstimmig zu.

Beschluss:

Der veränderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Beschluss:

Die Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2005 erfolgt einstimmig.

zu 4 **Regelarien zur Umsetzung des Halle-Passes ab 2005** **Vorlage: III/2004/04204**

Wortprotokoll:

Als Gast ist Frau Bernius, Vorsitzende des Ausländerbeirats eingeladen. Es wird zum Rederecht abgestimmt. Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu, Frau Bernius erhält zu gegebener Zeit das Rederecht.

Frau Szabados wünscht allen Die Ausschussmitgliedern ein gesundes und glückliches Jahr 2005 und erläutert die Vorlage zum Halle Pass.

Der Halle Pass soll im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Im Zuge der Gesetzesänderungen ist die Anpassung von Zugangsbedingungen für den Halle Pass erforderlich geworden. Die Summe von rund 594 Tausend Euro wird bereitgestellt. Zukünftig gibt es keinen Automatismus mehr. Eine Inanspruchnahme kann nur noch nach Antrag erfolgen.

Durch den Halle Pass sollen vor allem Kinder und Familien unterstützt werden. Das zeigt sich besonders in der Beibehaltung der Unterstützung für Essen in Schule und Kindergarten, sowie bei ermäßigten Eintrittspreisen in Schwimmbädern und Kultureinrichtungen.

Die unter Punkt 5. in der Beschlussvorlage aufgenommene Kontrolle des Haushaltsansatzes ermöglicht ggf. Korrekturen. Diese werden wenn erforderlich im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss beraten.

Frau Bernius informiert, dass in einer außerordentlichen Sitzung des Ausländerbeirates zur Anspruchsberechtigung des Halle-Passes, für die Aufnahme von Asylbewerbern und geduldeten Personen, gestimmt wurde.

Frau Szabados weist ausdrücklich darauf hin, dass Sie inhaltlich damit übereinstimmt und dass es sich lediglich um ein Versehen handelt, dass die genannten Personengruppen in der Vorlage nicht mit aufgeführt sind.

In der anschließenden Diskussion werden die folgenden Punkte angesprochen:

Im Beschlussvorschlag ist folgende formale Änderung vorzunehmen: Unter Punkt 2. Streichung des Buchstaben A hinter Halle Pass.

Korrekt lautet der Text: 2. Anspruchsberechtigt für den Halle Pass sind zukünftig...

Frau Hunger stellt den Antrag die Ermäßigungen für städtische Museen aus dem Katalog des Halle Pass herauszunehmen. Zur Begründung führt Sie an, dass städtische Museen einen Tag in der Woche Eintrittsfrei sind. Diese Tage können genutzt werden.

Nach kurzer Diskussion lehnen die Ausschussmitglieder den Antrag in einer Abstimmung mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen: mehrheitliche Zustimmung bei einer Enthaltung

Stadträte und Stadträtinnen: einstimmige Zustimmung

Beschluss:

einstimmig z u g e s t i m m t

**zu 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage IV/2004/04603, Berichterstatterin Frau Bürgermeisterin
Szabados
1. Lesung**

Wortprotokoll:

Frau Szabados erläutert, dass dem Ausschuss mit der Vorlage eine Zusammenfassung der Ausgaben im Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit vorliegt.

Frau Szabados schlägt vor in der heutigen Beratung den Haushalt des Fachbereich Gesundheit/ Veterinärwesen und den Haushalt von Frau Schmotz vorzustellen und zu beraten. Die Ausschussmitglieder folgen dem Vorschlag.

19 Millionen Euro Zuschussreduzierung bei der Stadt werden voraussichtlich erreicht. Zur nächsten Beratung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 10. Februar werden auch genauere Zahlen für den Fachbereich 50 vorliegen. Die Unterlagen werden erst ca. eine Woche zuvor verschickt.

Frau Szabados bittet dafür um Verständnis.

Frau Jahnke, Leiterin Service im Fachbereich Gesundheit/ Veterinärwesen erläutert nacheinander ausführlich den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt des FB 53. Alle Nachfragen werden schlüssig beantwortet.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass die Abstimmung erst nach der 2. Lesung im Februar, ohne weitere Diskussion der in der heutigen Sitzung besprochenen Positionen, erfolgen soll.

Frau Schmotz verfährt in gleicher Weise und erläutert den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ebenfalls ausführlich und schlüssig. Alle Nachfragen werden beantwortet. Die einzige Ausnahme ist die Position für Bewirtschaftungskosten die vom Zentralen GebäudeManagement (ZGM) erhoben wird. Diese ist für Frau Schmotz nicht nachvollziehbar da keine detaillierten Abrechnungen vorliegen. Dennoch ist die Position vom ZGM (nach Richtwert des Vorjahres) eingeplant worden.

Beschluss:

Keine Beschlussfassung nach der 1. Lesung.

zu 6 **Aktueller Sachstand und weitere Vorgehensweise zur Umsetzung des SGB II**

Wortprotokoll:

Frau Szabados informiert:

Die Konstituierung des Aufsichtsrates ist für den Februar geplant. Von Seiten der Agentur für Arbeit sind noch keine Vertreter/innen für den Aufsichtsrat benannt worden.

Die ständige Vertreterin der Stadt Halle ist Frau Szabados.

Als Geschäftsführerin der ARGE ist Frau Tempel benannt. Ihre Stellvertreterin ist Frau Dr. Radig.

Per Stand Dezember 2004 waren 110 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die ARGE entsandt. Eine perspektivische Aufstockung auf ca. 130-140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist vorgesehen.

Zum Stand der Anträge zum ALG II:

Die Bescheide sind verschickt. Eine Bearbeitung erfolgt dort wo der Antrag gestellt wurde.

- 4.700 Anträge wurden bewilligt
- ca. 700 Anträge noch nicht abschließend bearbeitet
- 20 Ablehnungen
- 67 Widersprüche (entspricht Quote von 1,7%)
- 500 Bedarfsgemeinschaften von den ehemaligen Sozialhilfeempfängern haben bisher keine Anträge gestellt

Bei der Agentur für Arbeit wurden rund 19.000 Anträge bewilligt. Dort gibt es eine deutlich höhere Zahl an Widersprüchen.

Frau Szabados dankt erneut für die riesige und hervorragende Leistung die von den Beschäftigten im Fachbereich Soziales erbracht wurde. Namentlich dankt Frau Szabados Herrn Schneller, Frau Dr. Radig, Frau Schmidt und allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Frau Dr. Radig wird von den Ausschussmitgliedern des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses herzlich verabschiedet.

Frau Ute Haupt fragt auf Grund einer schriftlichen Anfrage einer Bürgerin, nach dem Anpassungsverfahren bei der ALG II Berechnung. Anlass ist die Erhöhung von Energiekosten im letzten halben Jahr.

Frau Szabados antwortet, dass Heizkosten Teil der Unterkunftskosten sind und damit garantiert werden. Es werden „übliche“ Preise zu Grunde gelegt, bei steigenden Energiekosten muss ggf. eine Anpassung erfolgen.

**zu 7 Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zur Umbenennung der Stelle der Ausländerbeauftragten in
der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2004/04622**

Wortprotokoll:

Die Vorlage ist den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugegangen und wird zur Diskussion aufgerufen. Die Diskussion, zur Umbenennung der Stelle der Ausländerbeauftragten in „Beauftragten für Integration und Migration“, verläuft kontrovers.

Herr Kupke plädieren für die Beibehaltung der Stellenbezeichnung „Ausländerbeauftragte“, da die inhaltliche Arbeit zählt und nicht die Bezeichnung entscheidend ist.

Herr Dr. Heinrich spricht sich gegen die Umbenennung der Stelle aus. Er meint die derzeitige aktuelle Bezeichnung ist klar und international verständlich. Alles andere wäre ihm zu unscharf und überfrachtet.

Frau Ilse hält entgegen, dass sich auch im Namen der Stelle die Intension des Stadtrates wiederfinden sollte.

Die Frage von **Frau Runde** ob die Stellen der Ausländerbeauftragten in ganz Sachsen-Anhalt umbenannt werden, wird verneint.

Herr Dr. Brockmann stellt den Antrag zur Beendigung der Diskussion. Dieser Antrag wird von den Ausschussmitgliedern mehrheitlich **a b g l e h n t**.

Frau Tomczyk-Radij und **Herr Dr. Heinrich** finden die vorgeschlagene Bezeichnung zu kompliziert.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Rederecht von Frau Bernius zu.

Frau Bernius findet das die Bezeichnung „Ausländerbeauftragte“ klar und verständlich für alle ist. Das Schreiben von Herrn Dr. Diaby zur Befürwortung der Umbenennung (als Tischvorlage ausgegeben) ist ihr nicht bekannt.

Frau Szabados meint, dass mit der vorgesehenen Umbenennung die inhaltliche Ausrichtung in der Stadt Halle zum Ausdruck kommen soll.

Die Entscheidung über die Vorlage sollte in der nächsten Ausschusssitzung vorgenommen werden. Frau Schneutzer sollte an der Diskussion teilnehmen, was heute krankheitsbedingt nicht möglich war.

Beschluss:

Die Entscheidung über die Vorlage wird auf die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses im Februar vertagt.

zu 8 Anfragen von Stadträten und Sachkundigen Einwohnern

Wortprotokoll:

keine

**zu 9 Mitteilungen
 - Information zur Finanzierung der Beratungsstellen von
 Behindertenverbänden**

Wortprotokoll:

Frau Szabados schlägt vor, darüber in der nächsten Sitzung zu informieren.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.01.2005
